

Gerechtigkeit für ›die Fleißigen‹ und ›Nicht-Zugewanderten‹

Armutsdiskurse der populistisch-radikalen Rechten
am Beispiel der Mindestsicherungsdebatte 2017–2019
in Österreich

Markus Griesser

Hinführung

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist ein spezifischer Armutsdiskurs, der mit Parteien der populistisch-radikalen Rechten (Populist Radical Right, PRR) in europäischen Wohlfahrtsstaaten verbunden ist. Cas Mudde (2019: 20–23), der die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Parteienfamilie wesentlich geprägt hat, sieht deren Entwicklung in der aktuellen Phase jedoch zentral durch Tendenzen des *Mainstreaming* und der Normalisierung ihrer Politiken gekennzeichnet. Daher wird der hier behandelte Armutsdiskurs zwischenzeitlich auch von anderen politischen Kräften, vor allem von solchen aus dem konservativen Spektrum, bedient.

Exemplifizieren möchte ich besagten Diskurs anhand der Debatte um die Reform des untersten sozialen Netzes im österreichischen Wohlfahrtsstaat während der Regierungszeit der konservativen ÖVP unter Bundeskanzler Sebastian Kurz und der populistisch-rechtsradikalen FPÖ unter Vizekanzler Heinz-Christian Strache (2017–2019). Die diese Debatte kennzeichnende Verbindung von meritokratischen und wohlfahrtschauvinistischen Deutungsrahmen bzw. Frames findet sich in vergleichbarer Form aktuell in vielen europäischen Ländern – und ihre Bedeutung reicht mithin weit über das hier untersuchte Fallbeispiel hinaus.

Bevor ich im dritten Teil dieses Fallbeispiel einführe und analysiere, wird im zweiten Teil anhand ausgewählter Beiträge zur Debatte um PRR-Parteien

der theoretische Rahmen der Analyse dargelegt. Am Ende steht ein kurzes Resümee zentraler Erkenntnisse.

Theoretischer Rahmen

Wohlfahrtschauvinismus ist ein zentrales Thema in aktuellen Debatten rund um den Aufstieg der populistisch-radikalen Rechten. Im Anschluss an Mudde (2019) lassen sich darunter Bestrebungen fassen, die den (vollen) Bezug von Sozialleistungen auf Mitglieder eines – häufig rassistisch formierten – ›nationalen Kollektivs‹ beschränken wollen (vgl. ebd.: 101). Den Hintergrund hierfür bildet der Nativismus als eine von drei Kernideologien der PRR – neben dem Populismus und dem Autoritarismus. Dieser wird als rassistische Ausprägung des Nationalismus verstanden, die auf der Basis der Unterscheidung zwischen ›Einheimischen‹ und ›Fremden‹ Letztere als Bedrohung der als homogen vorgestellten Nation fasst (vgl. ebd.: 27).

In (polit-)ökonomischen und soziologischen Studien zum Aufstieg von PRR-Parteien wird die Bedeutung wohlfahrtschauvinistischer Forderungen etwa danach, ›Fremden‹ den Zugang zu (mindestsichernden) Sozialleistungen zu versperren, unterschiedlich erklärt. Im Zentrum stehen aber häufig Faktoren auf der ›Nachfrageseite‹, also aufseiten der Wähler*innenschaft, wohingegen die ›Angebotsseite‹, also die Rolle der PRR-Parteien selbst, vielfach unterbelichtet bleibt.

Exemplarisch wird das an einem einflussreichen Artikel Dani Rodriks (2018) deutlich, der globalisierungsinduzierte Verteilungskämpfe und ökonomische Ängste als zentrale Grundlagen des Aufstiegs rechter wie linker Populist*innen fasst. Da in Europa aber – mit Ausnahme der Länder Südeuropas (z.B. Griechenland) – flucht- bzw. migrationsbedingt ›kulturelle‹ Spaltungen der Gesellschaft in der Alltagserfahrung der Menschen präsenter seien als ›soziale‹, würden hier vor allem rechtspopulistische Narrative verfangen (vgl. ebd.: 24–27). Dadurch gelinge es dem Rechtspopulismus, die angesprochenen ökonomischen Ängste in rassistische Ressentiments gegen Migrant*innen und Geflüchtete umzuwandeln, denen in wohlfahrtschauvinistischer Weise unterstellt wird, ›Einheimischen‹ Arbeitsplätze und Sozialleistungen streitig zu machen (vgl. ebd.: 17/25).

In spezifischer Form weiterentwickelt wird diese Argumentation von Philip Manow (2019), der den Aufstieg von Populist*innen ebenfalls zentral auf ökonomische Problemkonstellationen zurückführt, die mit Globalisie-

rungsprozessen einhergehen. Dabei erklärt Manow Migration als grenzüberschreitenden Verkehr von Arbeitskraft – analog zu jenem von Geld oder Gütern – jedoch selbst zum Gegenstand des Protests gegen Globalisierung. Darüber ›rationalisiert‹ er wohlfahrtschauvinistische Mobilisierungen, indem er sie als – zwischen ›Einheimischen‹ und ›Fremden‹ ausgetragene – »Konflikt[e] über die ›gerechte Verteilung von Ressourcen« (ebd.: 100) fasst. In kontinentaleuropäischen Ländern wie Deutschland und Österreich richte sich besagter Protest dabei v.a. gegen Geflüchtete, da diese die dortigen Mindestsicherungssysteme belasten würden (vgl. ebd.: 61–69/103–120).

Eine vergleichbare Akzentuierung ›nachfrageseitiger‹ Erklärungsfaktoren findet sich auch in soziologischen Studien zum Thema, wenngleich sie dort weniger ›ökonomistisch‹ argumentiert wird. Exemplarisch steht dafür eine Studie Arlie Russell Hochschilds (2018). Diese erklärt den Aufstieg der populistisch-radikalen Rechten in den USA über eine »Deep Story« (ebd.: 135) – begriffen als »a narrative as felt« (ebd.: xi) –, deren Entstehung sie wesentlich auf politökonomische Faktoren (z.B. Ausbreitung prekärer Niedriglohnjobs) zurückführt. Im Rahmen besagter, die Selbstwahrnehmung von insbesondere weißen, männlichen Angehörigen der Mittel- und Arbeiter*innenklasse dominierenden Tiefengeschichte stehen diese in einer Warteschlange, die sich – trotz ihrer harten Arbeit und ihres regelkonformen Verhaltens – nicht mehr voran bewegt. Gleichzeitig aber drängeln sich als ›anders‹ Markierte (z.B. Geflüchtete) in staatlich protegierter Form – gegen die Regeln und ohne selbst Leistung erbracht zu haben – vor (vgl. ebd.: 135–151).

Diese und ähnliche Erzählungen, die auf spezifische Weise meritokratische und nativistische Elemente verbinden, bilden eine wesentliche Grundlage für wohlfahrtschauvinistische Forderungen nach einer Schlechterstellung ›Fremder‹ etwa beim Zugang zu (mindestsichernden) Sozialleistungen. Die Rolle, die die populistisch-radikale Rechte und die von ihr verbreiteten Deutungsrahmen als ›Angebotsfaktoren‹ für die Herausbildung solcher Erzählungen spielen, wird bei Hochschild aber nicht systematisch untersucht. Dies gilt in ähnlicher Weise für Arbeiten, die auf vergleichbare Tiefengeschichten in anderen Kontexten verweisen und so Hochschilds Annahme einer ›globalen Expansion‹ der von ihr analysierten »Deep Story« (vgl. ebd.: 230) bestätigen. Beispielhaft genannt sei Klaus Dörres Studie zu bundesdeutschen Industrie- und Produktionsarbeiter*innen, die sich – wie ihre Kolleg*innen in den USA – in einer ›Warteschlange am Berg der Gerechtigkeit‹ (Dörre 2023: 19) wähen, während andere – vermeintlich ›leistungslos‹ bzw. ›unwillig‹ – an ihnen vorbeiziehen.

In kritischer Absetzung von den hier exemplarisch skizzierten Ansätzen sollen im vorliegenden Beitrag die angesprochenen ›Angebotsfaktoren‹ in den Fokus gerückt werden, ohne dadurch die Relevanz solcher ›Nachfragefaktoren‹ infrage stellen zu wollen. Das heißt, ich gehe davon aus, dass beispielsweise Hochschilds Tiefengeschichte tatsächlich zentral auf politökonomischen Transformationen und deren sozial(psychologisch)en Implikationen basiert. Im vorliegenden Fall betrifft das etwa die veränderte Dynamik sozialer Mobilität, die in den USA, aber auch in anderen Ländern (vgl. zu Deutschland beispielsweise Nachtwey 2016: 119–179) wesentlich durch Erfahrungen von Stagnation oder gar Abstieg gekennzeichnet ist (vgl. Hochschild 2018: 140f.). Wie zahlreiche Studien zeigen, gehen die damit verbundenen Statusängste mit verletzten Gerechtigkeitsgefühlen einher, die u.a. im unerfüllten Versprechen auf leistungsbedingten Aufstieg grundgelegt sind (vgl. Nachtwey 2016: 181–233; Bieling 2017: 561). Sie werden aber auch von Ohnmachts- und Wutgefühlen begleitet, für die infolge der neoliberalen Transformation etablierter Linksparteien keine politischen Repräsentations- und Artikulationsformen mehr existieren (vgl. ebd.: 560–564; Eribon 2016: 117–147).

›Nachfrageseitig‹ sind damit zwar zentrale Voraussetzungen für den Aufstieg der PRR-Parteien benannt. Wie etwa Wilhelm Heitmeyer (2018: 17/57) betont hat, realisiert sich dieser aber erst durch das Vorhandensein entsprechender »politischer Angebote«, die sich als neue Repräsentations- und Artikulationsformen für solche Gefühle anbieten. Hier kommen die u.a. von PRR-Parteien entwickelten Deutungsrahmen ins Spiel, die beispielsweise im Kontext armutspolitischer Debatten sozioökonomische Ängste und Unsicherheiten gezielt für wohlfahrtschauvinistische Mobilisierungen in Dienst nehmen. Wie erfolgreich sie dabei verfahren, geht exemplarisch aus zwei Studien zu Österreich hervor, die im hier relevanten Zeitraum Mitte der 2010er Jahre entstanden sind.

So weisen etwa Grand und Fink (2017) in einer auf Daten des Europäischen Sozialsurveys (ESS) basierenden Studie darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt in Österreich wohlfahrtschauvinistische wie auch meritokratische Einstellungen weit verbreitet waren (vgl. ebd.: 17–19). Zugleich zeigte sich, dass sozioökonomische bzw. -demografische Faktoren (z.B. Bildungsgrad) wenig zur Erklärung dieses Phänomens beitrugen. Hinter diesen Einstellungen stand vielmehr eine generalisierte – also beispielsweise nicht nach Herkunftsregionen o.Ä. differenzierende – Ablehnung von Migration (vgl. ebd.: 50f.). Um das zu verstehen, verweisen die Autoren auf die »mediale und politische Diskussion

über die so genannte Flüchtlingskrise« (ebd.: 31), deren Einfluss auf besagte Einstellungen plausibel erscheine (vgl. ebd.: 57f.).

Ähnliches legt eine u. a. auf problemzentrierten Interviews basierende Studie von Altreiter et al. (2019) nahe, die die Existenz unterschiedlich weit gefasster Solidaritätsvorstellungen in der Gesellschaft verdeutlicht. Da sich diese Vorstellungen von Solidarität v. a. im ›mittleren‹ Bereich durch relative Offenheit und Ambivalenz auszeichnen, seien sie für divergierende Deutungsangebote anschlussfähig und entsprechend umkämpft (vgl. ebd.: 155f./174–180). So war in Österreich Ende der 2010er Jahre etwa zu beobachten, wie die in den politischen und medialen Debatten dominanten Rahmungen jener Zeit beispielsweise in Gestalt meritokratisch und nativistisch verengter Zugehörigkeits-Konzepte auch in den Interviews aufgerufen wurden, was deren gesellschaftliche Wirkmacht indiziert (vgl. ebd.: 132).

Diesen Hinweisen auf die Relevanz politischer und medialer Debatten für die Verbreitung meritokratischer und wohlfahrtschauvinistischer Positionen soll im Folgenden nachgegangen werden. Als Beispiel dient dabei der massenmedial vermittelte Diskurs zur Reform des untersten sozialen Sicherungsnetzes im österreichischen Wohlfahrtsstaat durch die Verabschiedung des Sozialhilfegrundsatzgesetzes (SHGG) im April 2019.

Empirisches Fallbeispiel

Gegenstand des vorliegenden Kapitels ist die Reform des zentralen armutspolitischen Instruments im österreichischen Wohlfahrtsstaat, das seit seiner letzten größeren Reform im Jahr 2010 den Namen ›Bedarfsorientierte Mindestsicherung‹ (BMS) trug – statt der seit den 1970er Jahren gültigen Bezeichnung ›Sozialhilfe‹ (Sohi) (vgl. Fink/Leibetseder 2018). Die erneute Reform im Zuge der Verabschiedung des SHGG (vgl. Pfeil 2020)¹ nahm einen zentralen Platz auf der sozialpolitischen Agenda der im Dezember 2017 angetretenen ÖVP/FPÖ-Regierung ein, was nicht zuletzt angesichts der relativen budgetären Marginalität des Themas – die Ausgaben für die BMS machten weniger als ein Prozent der Sozialausgaben in Österreich aus – überrascht (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020: 536).

1 Der Umstand, dass durch die Reform – nach rund zehn Jahren ›BMS‹ – der alte Name wiedereingeführt wurde (›Sohi NEU‹), verweist auf die eingeschlagene Richtung »[z]urück zur Sozialhilfe (oder gar zum Heimatrecht)« (Pfeil 2020).

Mit Blick auf die Reformdebatten fällt zuvorderst der Umstand ins Auge, wie es den Regierungsparteien gelang – wie Fink und Leibetseder (2018: 33) es formulierten –, »Fragen der Armutsminderung fast vollständig aus öffentlich dominanten Problemrahmungen im Kontext von Mindestsicherung zu verdrängen«. Wie im Folgenden dargestellt wird, dominierte stattdessen die Verschränkung meritokratischer und wohlfahrtchauvinistischer Frames die Debatte. Die empirische Grundlage der Ausführungen bildet eine kritische Diskursanalyse des medial – in den drei Tageszeitungen *Der Standard*, *Die Presse* bzw. *Neue Kronen Zeitung* – vermittelten Diskurses zur Reform während der Regierungszeit der ÖVP/FPÖ-Koalition (12/2017–05/2019) (n = 1755 Artikel).²

Wohlfahrtchauvinismus:

›Stopp der Zuwanderung in den Sozialstaat‹

Die zentrale diskursive Rahmung der BMS-Debatte war eine wohlfahrtchauvinistische im Sinne Muddes (2019). Dabei ließen sich im medialen Diskurs vielfältige Formen bestimmen, über die die BMS diskursiv mit dem Thema Flucht und Migration verkoppelt wurde. Auf einer basalen Ebene geschah dies durch regelmäßige Berichte über den steigenden Anteil von nicht-österreichischen Staatsangehörigen und v.a. von Asylberechtigten im Bereich der BMS. So verwies etwa Kanzler Kurz regelmäßig darauf, dass, v.a. in Wien, »die Hälfte Ausländer« waren bzw. »keinen österreichischen Pass« besaßen (u.a. Wiener Krone 28.5.2018; Standard 29.5.2018, 14.1.2019; Presse 9.5.2018).

Damit problematisiert wurde freilich nicht die im Indikator des Mindestsicherungsbezugs zum Ausdruck kommende (erhöhte) Armutsbetroffenheit besagter sozialer Gruppen. Vielmehr war es die Überrepräsentation selbst, die in dieser Perspektive ein Problem darstellte. Wie etwa das von Vizekanzler Strache gezeichnete Bild von Migrant*innen und Geflüchteten in der BMS, die »nur das Handerl aufhalten« (Standard 2.5.2018) bzw. die »nicht Deutsch lernen und auch keiner Beschäftigung nachgehen wollen« (Presse 11.8.2018), zeigt, wurde der BMS-Bezug im Rahmen der darauf bezogenen Problem-

2 Anstatt den medialen Diskurs zur BMS-Reform in seiner Gesamtheit darzustellen (vgl. Griesser/Beyer/Pühringer 2024), wird hier auf die beiden zentralen Frames im dominanten (Regierungs-)Diskurs fokussiert. Zum methodischen Vorgehen siehe detailliert (ebd.).

konstruktion nämlich auf mangelnde ›Arbeits-‹ und ›Integrationswilligkeit‹ zurückgeführt.

Den diskursiven Kern der wohlfahrtschauvinistischen Problemkonstruktion bildete dabei eine Phrase, die bereits als Überschrift des entsprechenden Kapitels im Regierungsprogramm fungierte und wie ein Leitmotiv mit zahlreichen Variationen den gesamten Regierungsdiskurs zum Thema durchzog: ›Stopp der Zuwanderung in den Sozialstaat‹. So wurde etwa konstatiert, die Zuwanderung ins Sozialsystem existiere; es wurde gefordert, sie zu stoppen usw. (u.a. Kurz und/oder Strache in Salzburger Krone 15.3.2019; Standard 18.12.2017; Presse 29.5.2018).

Hinter der Phrase schien eine popularisierte Fassung der (neoklassischen) ›Welfare Magnet Hypothesis‹ zu stehen. Diese auch andernorts sozialhilfepolitisch relevante These (vgl. für die USA etwa Grell 2008: 102) behauptet, Entscheidungen für die Migration bzw. Flucht in bestimmte Zielländer würden ökonomisch-rational nach der Generosität des jeweiligen Wohlfahrtssystems getroffen. Aufgrund ihrer vermeintlichen Generosität stellte im vorliegenden Fall also die BMS einen wesentlichen ›Anreiz‹ dar, nach Österreich zu kommen. So meinte etwa Kurz: »Die Mindestsicherung ist ein Pull-Faktor, der dazu führt, dass Asylwerber gezielt nach Österreich kommen« (Standard 18.12.2017). Und Strache postulierte: »Wir wollen die Anreize, in unser Sozialsystem zu wandern, reduzieren« (Wiener Krone 28.5.2018).³

Als Lösung für das hier skizzierte Problem wurde vorgeschlagen, dass all jene, die nicht als zum ›nationalen Kollektiv‹ gehörend positioniert wurden, zukünftig keinen bzw. nur noch einen eingeschränkten Zugang zu Leistungen aus dem letzten sozialen Netz haben sollten.

Meritokratie:

›Gerechtigkeit für die Leistungsträger‹

Das zweite zentrale Motiv der BMS-Debatte bildete die von der Regierung ausgegebene Formel von der ›neuen sozialen Gerechtigkeit‹ (u.a. Standard 29.5.2018; Wiener Krone 3.2.2018). Bei einer von der FPÖ einberufenen aktuellen Stunde im Nationalrat sprach so etwa Sozialministerin Beate Hartinger-

3 Im Fokus der Debatte um die ›Zuwanderung in den Sozialstaat‹ stand Wien mit seinem vermeintlich besonders generösen BMS-System, das in den Augen von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus daher ein »Mindestsicherungs-Mekka« (Tiroler Krone 17.1.2019) repräsentierte.

Klein (FPÖ) von einem »Schritt zu mehr Fairness und sozialer Gerechtigkeit« (Presse 28.3.2019; Standard 28.3.2019). Und auch Kurz betonte, dass »das heutige System [...] unfair« (Presse 13.5.2018) sei – und die geplanten Kürzungen für Mehrkindfamilien, Asylberechtigte usw. daher »nur gerecht« (Wiener Krone 29.11.2018; Standard 29.11.2018).

Wer war es nun aber, dem oder der durch die Reform ›Gerechtigkeit‹ widerfahren sollte? Diesbezüglich lassen sich zwei Diskurslinien unterscheiden, mit denen zwei Akteursgruppen konstruiert wurden: Einerseits waren es die ›Leistungsträger*innen‹, die durch die BMS ›ungerecht‹ behandelt würden. Konkret ging es etwa um die von Regierungsvertreter*innen aufgerufenen »Handwerker« (Kurz in Standard 15.1.2019), »Elektriker« (Hartinger-Klein in Presse 28.4.2019) oder »Verkäufer« (Kurz in Wiener Krone 29.11.2018), die hart arbeiten und am Ende doch nicht besser dastehen würden als BMS-Bezieher*innen.⁴ Dem implizit war der Vorwurf, die Ausgestaltung der BMS würde das aus der Geschichte liberaler Armenfürsorgekritik bekannte *Less Eligibility*-Prinzip (vgl. Bohlender 2007: 194f./312–314) nicht hinreichend berücksichtigen, demzufolge die Lebenslagen der Bezieher*innen von Fürsorgeleistungen weniger annehmbar (*eligible*) zu gestalten seien als jene von Beschäftigten der niedrigsten Lohnklassen.⁵ Angesichts dieses laut Kurz »absurde[n] System[s]« (Wiener Krone 29.11.2018; Vorarlberger Krone 14.10.2018) gab der Kanzler die Devise aus: »Wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein!« (Krone-Bunt 13.5.2018; Standard 30.11.2018; Presse 18.12.2017)

Zugleich wurden BMS-Bezieher*innen dem Generalverdacht eines unrechtmäßigen Leistungsbezugs ausgesetzt, indem unterstellt wurde, dieser basiere auf ›Leistungs-‹ bzw. ›Arbeitsverweigerung‹. Mittels Formulierungen wie »jene Menschen, die tagtäglich aufstehen und arbeiten gehen« (Wöginger in Presse 29.5.2018), oder »alle, die fleißig arbeiten und unser Sozialsystem erhalten« (Kurz in Vorarlberger Krone 13.1.2019), umrissen Vertreter*innen der Regierungsparteien dabei eine Norm, die von unterschiedlichen Figuren

4 Daneben ging es aber auch um ›die Steuerzahler*innen‹. Unter Übertragung der Sozialversicherungslogik auf das System der BMS war so davon die Rede, dass »Personen, die schon länger eingezahlt haben« (Presse 25.4.2018), bessergestellt werden sollten (u.a. Presse 14.3.2018; Standard 10.4.2018).

5 Dies sei v.a. bei Mehrkindfamilien der Fall gewesen, die im Regierungsdiskurs als ›migrantisch‹ markiert wurden (vgl. Hartinger-Klein in Standard 28.3.2019). In polemisch zugespitzter Form mündete dies in dem von Strache vorgetragenen Vorwurf, das Wiener BMS-System stelle ein »Förderprogramm für tschetschenische Großfamilien« (Standard 12.1.2019; Vorarlberger Krone 12.1.2019) dar.

der Abweichung diskursiv umzingelt und zugleich abgegrenzt wurde. So war mit Blick auf BMS-Bezieher*innen etwa von jenen die Rede, »die sich helfen könnten, aber nicht wollen« (Wöginger in Standard 10.7.2018) bzw. »die arbeiten könnten, aber nicht arbeiten wollen« (Hartinger-Klein in Standard 28.3.2019).

Die zweite Gruppe, die durch das BMS-System angeblich ›Ungerechtigkeit‹ erlitt, waren ›die Österreicher‹. Entsprechend schlussfolgerte Hartinger-Klein: »Fremde müssen warten. Es geht um eine klare Besserstellung für unsere Österreicher« (Presse 1.12.2018). Dabei wurde suggeriert, Kürzungen bei ›Fremden‹ würden kausal zu einer Verbesserung ›eigener Bedingungen‹ führen, ohne dafür etwas an niedrigen Löhnen oder schlechten Arbeitsbedingungen ändern zu müssen: »Darum reformieren wir auch die Mindestsicherung und kürzen sie für Migrant*innen. Damit sich Arbeit wieder auszahlt« (Kurz in Krone-Bunt 13.5.2018).

Das deutet darauf hin, dass die beiden differenzierten Akteursgruppen im Diskurs um die von ÖVP-Klubobmann August Wöginger so genannte »neue soziale Gerechtigkeit« (Standard 10.7.2018), nämlich die ›Leistungsträger*innen‹ bzw. ›unsere Österreicher‹, häufig in eins fielen. Dies geschah auf der Basis einer Verschränkung meritokratischer und wohlfahrtschauvinistischer Frames, die durchaus mit Bedacht zu erfolgen schien. Ein anschauliches Beispiel lieferte Kurz: »Es ist ja gerecht, allen, die fleißig arbeiten und unser Sozialsystem erhalten, mehr zu geben als jenen, die zugewandert sind, die Sprache nicht gelernt haben und Mindestsicherung beziehen« (Vorarlberg Krone 13.1.2019).

Schluss

Wie dargelegt wurde, war der spezifische, mit der BMS-Reform verbundene Armutsdiskurs durch zwei zentrale und eng miteinander verknüpfte Frames gekennzeichnet:

Der meritokratische Frame adressierte lohnabhängig Beschäftigte als ›Leistungsträger*innen‹, denen ›Ungerechtigkeit‹ widerfahre. Offen wurde dabei auf die etwa von Rodrik (2018) thematisierten Status- und Abstiegsängste (u. a. niedrige Entlohnung, existenzielle Unsicherheit) referiert. Vergleichbar den ›Vordrängler*innen‹ in der beispielsweise von Hochschild (2018) analysierten Tiefengeschichte waren es aber auch hier die vermeintlichen ›Leistungsverweigerer*innen‹ in Gestalt von BMS-Bezieher*innen, die als

Ursache der Ungerechtigkeit benannt wurden. Gleichzeitig schrumpfte das (neoliberale) Versprechen auf leistungsvermittelten Aufstieg auf die Aussicht zusammen, dass es anderen noch schlechter gehen werde als einem*r selbst. Immaterielle Entschädigung für die eigenen materiellen Nöte versprach einzig die Abgrenzung vom Schicksal, das BMS-Bezieher*innen beispielsweise durch intendierte Leistungskürzungen widerfahren sollte.

Mit dem wohlfahrtschauvinistischen Frame wiederum war nicht bloß der Vorwurf eines auf ›Arbeits-‹ und ›Integrationsverweigerung‹ basierenden BMS-Bezugs gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten verbunden. Es wurde diesen vielmehr unterstellt, überhaupt nur aufgrund der vermeintlichen Generosität der BMS nach Österreich gekommen zu sein. Migration und Flucht erschienen so aufgrund der ihnen zugeschriebenen Belastungen als Bedrohung für den Wohlfahrtsstaat. Zugleich wurde suggeriert, die in Reaktion darauf durchgeführte restriktive Reform des untersten sozialen Netzes treffe ausschließlich ›Fremde‹ (und nicht BMS-Bezieher*innen im Allgemeinen).

Die Verbindung des wohlfahrtschauvinistischen mit dem meritokratischen Frame schließlich diente dazu, die ›Devianz-Figuren‹ aus den beiden Registern – ›Leistungsverweigerung‹ hier, ›Integrationsverweigerung‹ dort – zu Legitimationszwecken miteinander zu verknüpfen. Der*die BMS-Bezieher*in, dem*der unterstellt wurde, nichts leisten zu wollen, wurde so immer wieder als ›(ethnisch) Andere*r‹ markiert, dem*der unterstellt wurde, sich nicht integrieren zu wollen. Damit verbunden war zugleich die Vorstellung, im Bereich staatlicher Sozialpolitik gehe es nicht um ›vertikale‹ Formen der Um-/Verteilung (zwischen ›oben‹ und ›unten‹), sondern lediglich um ›horizontale‹ (z. B. zwischen ›Einheimischen‹ und ›Fremden‹).

Die dargelegte diskursive Rahmung der Reform trug nicht bloß wesentlich zu deren Legitimation, sondern auch zur Schärfung des Profils der ÖVP/FPÖ-Regierung ab 2017 in Österreich bei (vgl. Griesser/Beyer/Pühringer 2024). Mit Blick auf die FPÖ als populistisch-rechtsradikaler Partei überraschte v. a. das wohlfahrtschauvinistische Framing dabei wenig. Mehr schon überraschte, dass die ÖVP unter Sebastian Kurz sich in diesem Zusammenhang programmatisch weitgehend an die FPÖ angepasst hat⁶ und damit die von Mudde (2019: 22) konstatierten Tendenzen des *Mainstreaming* und der Normalisie-

6 Auch der meritokratische Frame kann hier insofern nur bedingt als spezifisch konservativer begriffen werden, als er – wie gezeigt wurde – auf das Engste mit dem wohlfahrtschauvinistischen verknüpft war.

rung von Politiken der populistisch-radikalen Rechten bestätigte (vgl. Atzmüller/Knecht/Bodenstein 2020: 527).

Gerade vor diesem Hintergrund gilt es, PRR-Parteien und die von ihnen entwickelten Deutungsrahmen als ›Angebotsfaktoren‹ analytisch stärker in den Blick zu nehmen, um deren Bedeutung nicht bloß im Kontext aktueller Armutsdebatten besser ermessen zu können. Offen bleibt dabei u.a. die Frage, was hinter solchen Prozessen des *Mainstreaming* und der Normalisierung durch etablierte Parteien wie der ÖVP steht. Heitmeyer (2018) hat mit seinem Schlagwort von der »rohen Bürgerlichkeit« (ebd.: 87/100–102) – im Sinne zunehmend »autoritäre[r] Haltungen« (ebd.: 310), die sich bei Teilen u.a. der politischen Eliten mit einer »Verachtung schwacher Gruppen [...] oder der Einforderung von Etabliertenvorrechten« (ebd.) verbinden – erste Hinweise für eine Beantwortung dieser Frage geliefert.

Literatur

- Altreiter, Carina et al. (2019): *Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft*, Wien: Promedia.
- Atzmüller, Roland/Knecht, Alban/Bodenstein, Michael (2020): »Punishing the Poor and Fighting ›Immigration into the Social System‹: Welfare Reforms by the Conservative and Far-right Government in Austria 2017–2019«, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 66, S. 525–552.
- Bieling, Hans-Jürgen (2017): »Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa: Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung«, in: *WSI Mitteilungen* 70, S. 557–565.
- Bohlender, Matthias (2007): *Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens. Politische Ökonomie, Polizei und Pauperismus*, Weilerwilt: Velbrück Wissenschaft.
- Dörre, Klaus (2023 [2020]): *In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte*, 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Eribon, Didier (2016 [2009]): *Rückkehr nach Reims*, Berlin: Suhrkamp.
- Fink, Marcel/Leibetseder, Bettina (2018): »Die Österreichische Mindestsicherungsreform 2010: Von der Armuts- zur Arbeitsmarktpolitik«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 48, S. 19–36.
- Grand, Peter/Fink, Marcel (2017): *Wohlfahrtschauvinismus in Österreich. Eine empirische Analyse des Europäischen Sozialsurveys (ESS)*, Wien: Institut für Höhere Studien. <https://bmsk2.cms.apa.at/cms/site/attachments/8/2>

- /6/CH3434/CMS1571312136496/ess_bericht_3_wohlfahrtschauvinismus_final.pdf vom 5.5.2020.
- Grell, Britta (2008): *Workfare in den USA. Das Elend der US-amerikanischen Sozialhilfepolitik*, Bielefeld: transcript.
- Griesser, Markus/Beyer, Karl/Pühringer, Stephan (2024): »Für die ›Leistungsträger‹ und ›uns Österreicher‹: Eine Mediendiskursanalyse zu Sozialpolitikreformen der ÖVP/FPÖ-Regierung 2017–2019 in Österreich«, in: *Momentum Quarterly* 13, S. 33–55.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin: Suhrkamp.
- Hochschild, Arlie R. (2018): *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*, La Vergne: The New Press.
- Manow, Philip (2019): *Politische Ökonomie des Populismus*, 2. Aufl., Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2019): *The far right today*, Cambridge: Polity Press.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Pfeil, Walter-Josef (2020): »Zurück zur Sozialhilfe (oder gar zum Heimatrecht)?«, in: Alfred J. Noll/Dominik Öllerer (Hg.), *Hegemonie und Recht*, Wien: Czernin, S. 68–89.
- Rodrik, Dani (2018): »Populism and the political economy of globalization«, in: *Journal of International Business Policy* 1, S. 12–33.